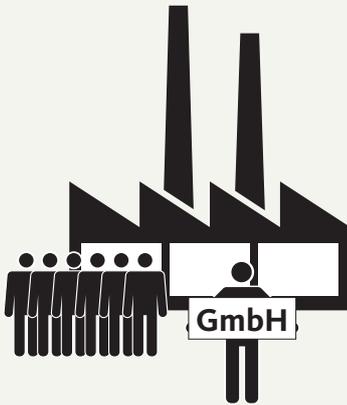


# Angriff auf die Mittelschicht: Rot-Grün würde teuer für Steuerzahler!

## +9,95 Prozent



Steuern für mittelgroße Kapitalgesellschaften (GmbHs)



## -13.553 Euro



... für eine Alleinverdienerehe bei  
Streichung des Ehegattensplittings  
(Jahreseinkommen 50.000 Euro)

## 60 Prozent



Steuerbelastung für mittelgroße Personengesellschaften (z.B. GbR, OHG)

2012 haben Bund und Länder mit mehr als 550 Milliarden Euro so viele Steuern eingenommen wie nie zuvor. Trotz dieser Rekordsteuereinnahmen plant Rot-Grün umfangreiche Steuererhöhungen zu Lasten der Mittelschicht: höhere Einkommensteuer, Absenkung der Einkommensgrenzen für den Spitzensteuersatz, Abschaffung des Ehegattensplittings, Wiedererhebung der Vermögensteuer, Einführung einer Vermögensabgabe, Verdopplung der Erbschaftsteuer, Erhöhung der Abgeltungsteuer, höhere Umsatzsteuer, Ausweitung der Gewerbesteuer und Erhöhung der Körperschaftsteuer. Laut Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums summieren sich die Belastungen für die Steuerzahler auf insgesamt über 30 Milliarden Euro.

Dabei geht der Großteil der Bevölkerung davon aus, dass sie von den rot-grünen Plänen gar nicht betroffen wären. Das ist ein Irrtum, denn Rot-Grün zielt nicht nur auf die Besserverdiener, sondern auch auf viele kleine und mittelständische Unternehmer, Handwerker, Vermieter, Altersvorsorge-Sparer, Angestellte und Facharbeiter. Gänge es nach den Grünen müsste ein alleinstehender Arbeitnehmer mit

einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro schon 1.000 Euro mehr Steuern im Jahr zahlen. Auf ein berufstätiges, kinderloses Ehepaar käme eine Mehrbelastung von 787 Euro zu. Doch auch

**„Die rot-grünen Steuerpläne würden  
1,4 Millionen Jobs kosten.“**

*(Dr. Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages)*

Ehepaare mit Kindern müssten künftig mehr an den Staat abführen. So würde für ein Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 90.000 Euro die Steuerlast um immerhin 810 Euro steigen. An der leistungsfeindlichen kalten Progression, die insbesondere die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen belastet, wollen die Grünen festhalten.

Doch die Folgen dieser waghalsigen Steuerpläne reichen noch weiter, denn sie treffen nicht nur Arbeitnehmer, sondern nehmen auch die mittelständische Wirtschaft in Geißelhaft. Insbesondere Personengesellschaften wären von der massiven Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Substanzbesteuerung in Form einer Vermögensabgabe oder Vermögensteuer betroffen.

Rot-Grün bemüht als Argument für Steuererhöhungen immer wieder, dass diese einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten. Welch ein Trugschluss! Soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht durch immer mehr Umverteilung organisieren. Mit dem lautstarken Ruf nach immer höheren Steuern befeuert Rot-Grün eine leistungsfeindliche Neiddebatte. Schon jetzt zahlen rund zehn Prozent der Einkommensteuerzahler

knapp die Hälfte des Einkommensteueraufkommens. Werden diese Leistungsträger noch stärker belastet, so schränkt das nicht nur deren persönlichen Wohlstand ein, sondern bedeutet auch weniger Kaufkraft, weniger Auftragsvergabe ans Handwerk, weniger Beschäftigungsverhältnisse und weniger Investitionen in die Zukunft.

Weitere Informationen unter:  
[www.peers-steuerschrauben.de](http://www.peers-steuerschrauben.de)

Für den Mittelstand ist klar:

**Am 22. September  
beide Stimmen CDU/CSU**



## Vermögensteuer ist mittelstandsfeindlich

SPD und Grüne meinen es ernst mit ihrer Forderung, die Vermögensbesteuerung neu aufleben zu lassen. Eine Arbeitsgruppe rot und grün geführter Bundesländer hat Anfang Juni Eckpunkte zur Wiedereinführung der Vermögensteuer erarbeitet. Grundsätzlich sollen demnach Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro jährlich mit einem Prozent besteuert werden. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben ergeben, dass mit einer solchen Steuer rund 11,5 Milliarden Euro eingenommen werden könnten. Das Geld würden die Länderhaushalte erhalten.

Das Problem bei der Substanzbesteuerung ist die Definition von „Reichtum“ und „Vermögen“. Ein Großteil des Vermögens liegt in Immobilien. Eine Besteuerung wird somit Hausbesitzer und Mie-

ter treffen. Eine besondere Bedeutung für unsere Volkswirtschaft hat zudem das Vermögen, welches in Betrieben ge-

„Eine Vermögensteuer führt nicht zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen und Vermögen, verschlechtert die Investitionsbedingungen für Unternehmen in Deutschland, hat die höchsten Erhebungskosten und setzt Anreize zu Vermögens- und Wohnsitzverlagerungen ins Ausland.“

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

bunden ist. Durch die Vermögensteuer wird langfristig die Bildung von Eigenkapital behindert und die Substanz geschwächt. Die Eigenkapitalquote sinkt, Unternehmen werden krisenanfälliger und ihre Verhandlungsposition gegenüber Banken geschwächt. Investitionen

werden gehemmt. Weniger Geld fließt in Forschung, Entwicklung und Produktneuheiten und die Wettbewerbsfähigkeit wird zunehmend geschwächt. Dies wiederum hat negative Konsequenzen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Ausbildungsquote, die Weiterbildungsmöglichkeiten und die Lohnentwicklung der Mitarbeiter.

Eine schärfere Vermögensbesteuerung beschädigt gerade das, worum uns die beneidet: den gehobenen industriellen Mittelstand und die vielen – überwiegend hochspezialisierten „hidden champions“ in Deutschland. Technologieführerschaft braucht Investitionskapital. Den „German Mittelstand“ müssen wir erhalten! Was Deutschland braucht, ist eine Gesellschaft, die allen Chancen bietet statt einer Neiddebatte gegenüber den vielen Unternehmern und Leistungsträgern im Land.

*Interview: Henry Borrmann, DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V*

## Unwissenheit schützt vor Steuern nicht!



**Wie groß ist die Sorge der Unternehmer vor einer Vermögensbesteuerung?**

Die Vermögensteuer/-abgabe wird im politischen Raum bereits heiß diskutiert. DIE FAMILIENUNTERNEHMER haben jedoch festgestellt, dass viele Unternehmer noch keine genaue Vorstellung haben, welche Belastungen auf sie zukommen könnten. Diejenigen, die die Pläne schon durchge-

rechnet haben, machen sich in der Tat große Sorgen. Die Kollateralschäden der Vermögensbesteuerung sind immens. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, darüber aufzuklären.

**Wie hoch werden die Belastungen sein?**

Das ist in erster Linie vom Unternehmen abhängig. Wir wollten auf Basis der uns vorliegenden Konzepte und Informationen eine Möglichkeit für den Unternehmer schaffen, genau das zu ergründen. Im Internet haben wir zu diesem Zweck einen Vermögensteuerrechner installiert. Auf Grundlage dieser Beispiele und Gesprächen mit Unternehmern scheint eine zusätzliche steuerliche Belastung des gehobenen Mittelstandes durch die Vermögensbesteuerung von im Durchschnitt 15-20% durchaus realistisch. Der folgende massive Einbruch der Investi-

tionen dürfte unserer Volkswirtschaft langfristig immensen Schaden zufügen.

**Wie präzise ist der Vermögensteuerrechner?**

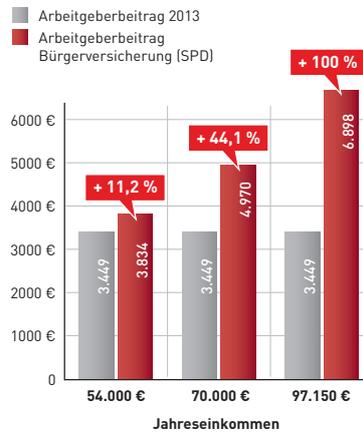
Sicher können wir nicht alle Gegebenheiten eines Unternehmens in dem Rechner abbilden, dann wäre er kaum zu handhaben. Aber bisher lagen unsere Werte immer in der Nähe präziser Rechnungen. Also, ich kann Sie nur ermutigen: Rechnen Sie durch. Sie brauchen nur drei Werte. Wenn Sie mögen, berechnen Sie gleich noch, was das für Ihre Investitionen bedeutet. Im besten Falle kontaktieren Sie danach Ihren Wahlkreisabgeordneten. Denn auch unter den Politikern gibt es einige, die noch nicht nachgerechnet haben. Teilen Sie ihre Erkenntnis!

[www.vermoegensteuerrechner.eu](http://www.vermoegensteuerrechner.eu)

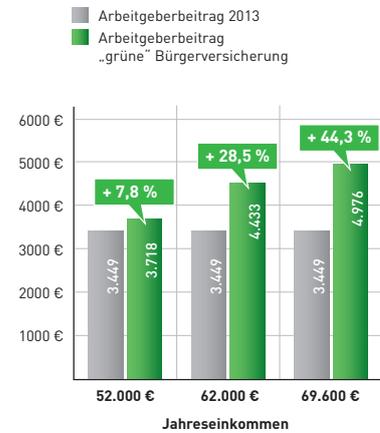
## BürgerZWANGversicherung: Einheitskasse mit höheren Lohnzusatzkosten wird Jobs vernichten

Unter dem Begriff „Bürgerversicherung“ streben SPD, Grüne und Linkspartei eine Radikalreform des Gesundheitswesens an: Der heutige Wettbewerb zwischen Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und Privater Krankenversicherung (PKV) soll beendet werden, stattdessen sollen die Regeln der GKV künftig für alle Bürger gelten. Damit läuft die Bürgerversicherung auf eine Abschaffung der privaten Krankenvollversicherung hinaus. Darüber hinaus wollen ihre Befürworter die Beitragspflicht der Krankenversicherung ausweiten und/oder zusätzliche Einkommensarten einbeziehen.

Arbeitgeberbelastung in der Bürgerversicherung der SPD



Arbeitgeberbelastung in der „grünen“ Bürgerversicherung



Quelle: PKV

Interview: Dr. Volker Leienbach, PKV-Verbandsdirektor

### „Sondersteuer auf qualifizierte Arbeitsplätze“



Herr Leienbach, die Befürworter der Bürgerversicherung begründen ihre Pläne mit dem Wunsch nach Abschaffung der sogenannten „Zwei-Klassen-Medizin“. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Ganz einfach: Er ist falsch. Das duale System aus Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung ist im Gegenteil der beste Schutz vor echter Zwei-Klassen-Medizin. Es gibt zwar Unterschiede beim Service, beispielsweise bei den Wartezeiten in der Arztpraxis. Die Wartezeiten für alle Versicherten sind aber erheblich kürzer, als sie es in einem Einheitssystem wären. In Großbritannien beispielsweise beträgt die Wartezeit auf einen Facharzt-Termin im Schnitt achtzehn Wochen. Darüber hinaus sichert das duale System gesetzlich wie privat Versicherten gleichermaßen eine

freie Arztwahl, schnelle Teilhabe am medizinischen Fortschritt und eine flächendeckende Versorgung mit Kliniken, Apotheken und Fachärzten. Würde der Systemwettbewerb zwischen GKV und PKV wegfallen, würde es mittelfristig zu einer viel stärkeren Rationierung von Leistungen kommen – und diejenigen, die sich das leisten können, würden sich die entsprechenden Leistungen am staatlichen System vorbei kaufen. Das wäre dann eine Zwei-Klassen-Medizin, die ihren Namen verdient.

Gibt es weitere Argumente gegen die Bürgerversicherung?

Auch ökonomische Gründe sprechen gegen die Bürgerversicherung. Denn sie ist zutiefst mittelstandsfeindlich. So wollen Grüne und Linkspartei die Beitragsbemessungsgrenze für alle Versicherten anheben. Das würde die Bürgerversicherung schlagartig für alle Bürger verteuern, die oberhalb der heutigen Grenze verdienen – und damit den Mittelstand massiv betreffen. Da künftig auch auf Mieteinnahmen Beiträge abgeführt werden sollen, würden zusätzlich auch noch die Mieten steigen. Das SPD-Modell wiederum sieht vor, die Bemessungs-

grenze für den Arbeitgeberanteil abzuschaffen. Das wäre aber nichts anderes als eine Sondersteuer auf qualifizierte Arbeitsplätze und würde gerade die innovativen Arbeitsplätze verteuern, die Deutschland für seine Wettbewerbsfähigkeit dringend braucht. Auch den Arbeitnehmern würde die SPD übrigens keinen Gefallen tun: Da jede Gehaltserhöhung künftig zu zusätzlichen Kosten für den Arbeitgeber führt, wirkt der Wegfall der Bemessungsgrenze letztlich wie eine Bremse für die künftige Lohnentwicklung.

Haben sie ein Beispiel dafür?

Nehmen wir einen Biochemiker oder einen Ingenieur mit einem Jahreseinkommen von 54.000 Euro. Im Bürgerversicherungs-Modell der SPD müsste sein Arbeitgeber künftig 11,2 Prozent mehr an Lohnzusatzkosten zahlen. Bei einem Einkommen von etwa 97.000 Euro würde sich die Belastung für den Arbeitgeber sogar verdoppeln. Im Modell der Grünen hätte der Arbeitgeber bei einem Gehalt von 52.000 Euro etwa 7,8 Prozent an Mehrkosten zu tragen. Bei rund 70.000 Euro Gehalt wären es 44,3 Prozent.

## SPD verhindert Bürokratieabbau: Verkürzung der Aufbewahrungsfristen vorerst gescheitert

Die SPD und die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Belege und Rechnungen ist ein Thema für sich. Erst ist die SPD gegen diese für den Mittelstand wichtige Maßnahme, dann dafür und nun wieder dagegen. Man weiß nicht, wofür die Sozialdemokraten stehen. Fakt ist: Eine Entlastung des Mittelstands wollen sie nicht!

Mit dem Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Regelung auf den Weg gebracht, die eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen von zehn auf zunächst acht Jahre, ab 2015 auf sieben Jahre vorsah. Diese Regelung wurde im Deutschen Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP im Oktober 2012 beschlossen. Durch die Verkürzung der Fristen wären Unternehmen um insgesamt 2,5 Milliarden Euro jährlich entlastet worden. Doch der Gesetzentwurf wurde von den rot-grün regierten Ländern im Bundesrat abgelehnt. Eine Einigung im Vermittlungsausschuss war unmöglich.

Noch im Januar 2013 brüstete sich die SPD-Spitze in ihrer Braunschweiger Erklärung, die Verkürzung der Aufbewahrungspflichten verhindert zu haben. Nur sechs Wochen später die Kehrtwende: In seinen Siegener Thesen hat SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sein mittelstandspolitisches Wahlprogramm vorgelegt. Darin fordert er – abweichend vom Abstimmungsverhalten seiner Partei – die Verkürzung der Aufbewahrungspflichten. Lediglich eine Woche später, am 11. März, verkünden Steinbrück und der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel das SPD-Wahlprogramm. Von einer Verkürzung der Aufbewahrungsfristen ist darin keine Rede mehr. Die Unionsfraktion hat das Thema erneut in den Bundestag eingebracht und mit den Stimmen der Koalition beschlossen. Dagegen stimmten die SPD und ihr Kandidat Steinbrück. Nun liegt der Entwurf erneut im Bundesrat.

## Strom bezahlbar halten – Energiewende meistern!



Im Gespräch mit Bundesumweltminister Peter Altmaier hat die MIT-Kommission Energie und Umwelt appelliert, Maßnahmen zu ergreifen, die einem weiteren Anstieg des Strompreises Einhalt gebieten. Die Kostenexplosion bei der Ökostrom-Förderung ist das gegenwärtig wichtigste Thema der deutschen Wirtschaftspolitik. Der massive Strompreisanstieg schadet nicht nur Unternehmen und Verbrauchern, sondern der Energiewende insgesamt. Um sicherzustellen, dass Strom in Zukunft für jedermann bezahlbar ist, muss aus Sicht der MIT das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) grundlegend reformiert werden. Die MIT hat dazu einen Katalog von acht

energiepolitischen Forderungen an den Bundesumweltminister übergeben.

Als Sofortmaßnahme schlägt die MIT vor, die Doppelbesteuerung auf Energie abzuschaffen. Der Wegfall der Mehrwertsteuer auf die Stromzusatzkosten wäre die richtige Maßnahme, um einer immer höheren Belastung von Verbrauchern entgegenzuwirken. Es ist nicht einzusehen, dass der Staat an den vielen Umlagen – EEG-Umlage, Konzessionsabgabe, Offshore- Haftungsumlage, KWK-Umlage, etc. – auch noch in Form von Mehrwertsteuern zusätzlich profitiert. Diese ungerechten Zusatzeinnahmen sollten den Stromkunden erspart bleiben.

## Pressestimmen zu den rot-grünen Steuerplänen:

„Grün am Steuer, das wird teuer“  
(*taz*, 25. April 2013)

„Die Pläne der Partei [der Grünen] belasten keineswegs nur Topverdiener. Hauptverlierer sind die Angehörigen der Mittelschicht. Sie müssen tapfer sein, sollten sich die Grünen tatsächlich durchsetzen.“  
(*SPIEGEL*, 7. April 2013)

„Die Grünen wollen das Land gerechter machen und dafür 'Vielverdiener' zur Kasse bitten. Doch man muss kein 'Vielverdiener' sein, um von den grünen Steuererhöhungsplänen getroffen zu werden.“  
(*DIE WELT*, 5. Mai 2013)

„Am SPD-Steuermodell überrascht dagegen, dass überhaupt keine Einkommensschicht entlastet werden soll, auch nicht die Geringverdiener.“  
(*Focus Online* 3. Mai 2013)

„Beide Parteien [SPD und Grüne] üben sich in einer Art Überbietungswettbewerb, wer die Einkommen noch höher besteuert und die Sozialabgaben noch dreister erhöht.“  
(*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Mai 2013)

„Bei der deutlich höheren Belastung der Einkommen soll es nicht bleiben. SPD und Grüne wollen auch an die Vermögen ran. Was da geplant ist, wird nicht nur unternehmerische Mittelständler treffen, von denen manch einer schon Abwanderungspläne durchspielt. Auch viele höhere Angestellte und Selbständige werden sich wundern. Jene nämlich, die der Aufforderung der Regierenden folgen und mit eigenen Ersparnissen fürs Alter vorsorgen.“  
(*Spiegel Online*, 27. April 2013)



[www.facebook.com/MITbund](http://www.facebook.com/MITbund)  
[www.twitter.com/MIT\\_bund](http://www.twitter.com/MIT_bund)  
[www.flickr.com/photos/mit-bundesgeschaeftsstelle](http://www.flickr.com/photos/mit-bundesgeschaeftsstelle)  
[www.youtube.com/MITpodcast](http://www.youtube.com/MITpodcast)

## MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,  
Hauptgeschäftsführer der MIT

### Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin  
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0  
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: [info@mittelstand-deutschland.de](mailto:info@mittelstand-deutschland.de)  
[www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de)

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/  
pixelchickDK/-yuri\_arcurs/-sylvanworks-hidesy/  
sonstige Bilder: brandung<sup>3</sup>, Lieferungen der MIT, dpa



MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG  
DER CDU/CSU